

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

**China unterstützt die Sache "Jugoslawiens" (d.h. Serbiens)**

Mitte November besuchte der jugoslawische Präsident Borisav Jovic die VR China und warb dort um Verständnis für die Bemühungen Belgrads um den Zusammenhalt "Jugoslawiens", das sich in der Zwischenzeit freilich de facto längst in seine Einzelteile aufgelöst hat und dessen Teilstaaten schon bald von anderen Ländern anerkannt werden.

Die chinesische Seite zeigte sich "sehr besorgt" über die Situation im Balkanstaat. Zwar bedürfe "Jugoslawien" der Hilfe von seiten anderer Länder, doch müßten "Friede und Stabilität in Jugoslawien" im Geist strikter Nichteinmischung gewährleistet werden. China wendet hier m.a.W. die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu denen auch die "Nichteinmischung" gehört, auf eine Gesamtrepublik an, die in Wirklichkeit schon nicht mehr besteht.

Vor allem die Europäer sollten zwar helfen, Lösungen zu finden, sich aber in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens nicht einmischen.

Ferner wandte sich die chinesische Regierung gegen ökonomische Sanktionen, vor allem gegen ein Ölembargo zuungunsten "Jugoslawiens" - d.h. hier wiederum in concreto: "Serbiens"!

Was die Entsendung von Friedenstruppen anbelangt, so stimmte China seinen jugoslawischen Gesprächspartnern darin zu, daß Blauhelme nur bei Konflikten zwischen Staaten eingreifen könnten, nicht aber in Bürgerkriegen, da "sonst ein Präzedenzfall gesetzt" würde.

Sollte Jugoslawien gleichwohl Blauhelme anfordern, so werde China diesem Ansinnen nicht im Wege stehen.

Bei den Gesprächen versprach Jovic die Unterstützung Jugoslawiens für einen Beobachterstatus der VRCh innerhalb der Blockfreienbewegung (XNA nach SWB, 25.11.91; XNA, 24.11.91). (Zu den proserbischen Sympathien Chinas vgl. auch C.a., Oktober 1991, Ü 15.) -we-

\*(2)

**China und Südkorea kommen sich erneut näher**

Mitte November fand in Seoul die III. Ministerkonferenz der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) statt. Daran nahmen auch Delegationen aus der VRCh, aus Taiwan und aus Hongkong statt (12.-14.11). (XNA, 13.11.91)

An der Spitze der 21köpfigen chinesischen Delegation stand Außenminister Qian Qichen, der am Rande der APEC-Konferenz auch mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Lee Sang-Ock zusammentraf (XNA, 15.11.91). Die Teilnahme von drei chinesischen Delegationen und die Gespräche zwischen der VRCh und der südkoreanischen Delegation wurden vom teilnehmenden Außenminister James Baker begrüßt.

Gerne möchte die VRCh diplomatische Beziehungen mit Südkorea aufnehmen, wird in diesem Ansinnen jedoch durch Nordkorea gehindert, dem Beijing nach wie vor verpflichtet ist: Zuletzt wurde dies wieder einmal deutlich beim Besuch Kim Il-Songs vom 3. bis 15. Oktober 1991 in China (dazu C.a., Oktober 1991, Ü 5).

Um hier trotzdem voranzukommen, unterstützt China die Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten, und zwar nach der Formel "Eine Nation, ein Land, zwei Systeme und zwei Regierungen". Außerdem applaudierte Beijing dem gesonderten Beitritt von Nord- und Südkorea zur UNO (am 17. September 1991) (ebenda).

Zwischen beiden Seiten besteht Gesprächsbedarf. So gibt es beispielsweise ein südkoreanisches Defizit im Handel mit China; der Hauptgrund dafür liegt an den hohen Zöllen für koreanische Waren, die die chinesische Regierung erhebt: Dieser Importzoll liegt um 35% höher als für andere Länder, mit denen China bevorzugt Handel betreibt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil zwischen beiden Seiten keine offiziellen Beziehungen bestehen. Umgekehrt gewährt die koreanische Regierung den Waren aus China Vorzugsrechte, um so seinen Wunsch zu unterstreichen, die Beziehungen zu dem Land zu verbessern. Doch bislang hat China auf Signale dieser Art nicht reagiert. Anfang November erklärte nun Seoul gegenüber Beijing, daß es ebenfalls die Zölle erhöhen werde, falls es nicht bald zu einer fairen Ausgleichsabmachung komme (Yonhap in SWB, 9.11.91).

Obwohl beide Seiten keine diplomatischen Beziehungen miteinander haben, haben sie doch, gemeinsam mit Japan und der Sowjetunion, ein Viererbündnis über die regionale Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt im Nordwestpazifik geschlossen, und zwar Anfang November 1991 (AWSJ, 5.11.91). Gleichwohl geht Südkorea davon aus, daß es noch lange nicht zu formellen Beziehungen kommt. Bis dahin wolle Südkorea Reisen nach China nicht liberalisieren (Yonhap in SWB, 19.11.91).

1990 lag das Handelsvolumen zwischen Südkorea und China bei 3,8 Mrd. US\$. Nach den USA, Japan und der Bundesrepublik wurde China damit zu Südkoreas viertgrößtem Handelspartner.

China unterstützt, ebenso wie die beiden koreanischen Staaten und die UdSSR, die Umgestaltung der Halbinsel Korea in eine atomwaffenfreie Zone. Südkorea erklärte, es werde den Atomwaffensperrvertrag und das dazugehörige Sicherheitsabkommen der Internationalen Atomenergiebehörde befolgen. Gleichzeitig wurde Nordkorea aufgefordert, die gleichen Schritte zu unternehmen. Leider weigere sich Nordkorea, seine Atomanlagen inspizieren zu lassen. Inseeheim steht China hinter dieser südkoreanischen Forderung, insofern es nämlich den Nordkoreanern "psychologische Unterstützung" dafür angeboten hat, daß das Land nicht durch US-Nuklearwaffen bedroht werde (Yonhap in SWB, 14.11.91). -we-

**\* (3)  
US-Außenminister Baker in Beijing**

Zum ersten Mal seit den Ereignissen vom Juni 1989 hat wieder ein amerikanischer Spitzenpolitiker die VRCh besucht. Einzelheiten dazu vgl. im Thema des vorliegenden Hefts. -we-

**\* (4)  
"Neue Weltordnung" und "Menschenrechte"**

Im Thema des vorliegenden Hefts zum Baker-Besuch wurden unter Punkt 272 Ausführungen über die "Neue Weltordnung" Bushs - oder besser: über die chinesische Perzeption zu diesen Vorstellungen - zitiert. Diesen Vorstellungen Bushs hält Beijing seinen eigenen Plan einer "gerechten Neuen Weltordnung" entgegen, wie ihn zuletzt Außenminister Qian Qichen am 25. September vor der 46. UNO-Vollversammlung vorgetragen hat. Der Plan besteht, allgemein gesprochen, darin, daß die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, Friedlichkeit in den Beziehungen) die "grundlegendsten Normen für die internationalen Beziehungen" bieten sollen. Sie entsprächen im übrigen den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta. Qian hob in diesem Zusammenhang vier Punkte besonders hervor: (1) Jedes Land müsse entsprechend seinen besonderen Bedingungen seinen eigenen Weg einschlagen dürfen. Kein Land, insbesondere keine Großmacht, dürfe anderen Ländern die eigenen Ideen, Wertvorstellungen und Entwicklungsmodelle aufdrängen. Androhung von Waffengewalt oder Gewaltanwendung müßten grundsätzlich unterbleiben. (2) Beendigung des Wettrüstens und wirkungsvolle Abrüstung: Umfassendes und ausbalanciertes Verbot der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und am Ende völlige Vernichtung aller Atomwaffen; wirkungsvolle Kontrolle über den internationalen Waffenhandel; Beibehaltung militärischer Mittel für die Selbstverteidigung; gemeinsame Nutzung des Weltraums. (3) Beseitigung der Kluft zwischen Nord und Süd. Abbau der Schuldenlast, Verhinderung des Abflusses von Kapital und Verbesserung der Terms of Trade; insbeson-

dere dürften die Industriestaaten keine politischen Bedingungen an ihre Hilfeleistungen knüpfen. Notwendig sind Dialog und Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd. Die Nord-Süd-Beziehungen seien das "Kernproblem der Wirtschaftsentwicklung". Die Industrieländer müßten den Entwicklungsländern beim Umweltschutz helfen. (4) Menschenrechte. Rassendiskriminierung und Apartheid, Kolonialismus, ausländische Aggression und Okkupation seien die schwersten Menschenrechtsverletzungen, die von der Internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden dürften. In Menschenrechtsfragen dürfe man nicht nur die zivilen und politischen Rechte betonen, sondern müsse auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie das Recht auf Entwicklung berücksichtigen. Niemandem sei es erlaubt, nur einzelne dieser Rechte selektiv herauszugreifen und andere geringzuschätzen oder gar abzulehnen. Für die meisten Entwicklungsländer sei das fundamentalste Menschenrecht das Recht auf Leben und Entwicklung. Die Menschenrechtsfrage dürfe nicht als "Kampfplatz für den kalten Krieg benutzt" werden. Manche Länder gäben sich alle Mühe, sich selbst zu verherrlichen und andere in der "Menschenrechtsfrage" anzugreifen. Sie nähmen die eigenen Vorlieben als Maßstab für Menschenrechte, ohne Rücksicht auf internationale Konventionen und auf die konkreten Bedingungen in anderen Ländern. All dies stehe im Widerspruch zu den Grundsätzen und Prinzipien der UNO-Charta. China wachse jährlich netto um 17 Millionen Menschen und müsse 22% der Weltbevölkerung mit 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ernähren. Es leiste damit einen "eminenten Beitrag für den Schutz des Menschenrechts auf Leben". Die chinesische Gesetzgebung habe sich darum bemüht, die legitimen Rechte und Interessen von Alt und Jung, Frauen und Kindern sowie Körperbehinderten zu sichern und zu verteidigen. Chinas Stabilität und Entwicklung seien ohne Zweifel bedeutsame Faktoren für den Frieden und die Sicherheit in Asien und sogar in der ganzen Welt. Wenn China in Chaos stürzte, würde dies bedenkliche Folgen für Asien und die ganze Welt nach sich ziehen. "China braucht Stabilität und die Welt braucht ein stabiles China", das durch einen "Sozialismus chinesischer Prägung" garantiert werde, vor allem durch die laufenden

Fünfjahrespläne, aber auch durch den Plan, zwischen 1980 und 2000 den Bruttoproduktionswert zu vervierfachen. Dies sei "Schutz der Menschenrechte" nicht nur in Worten, sondern in Taten! (XNA, 25., 26. und 27.9.91; XNA, 25. und 27.4.91)

Immer wieder weist China auf Armut und "Verschuldungskrise" in der Dritten Welt hin: Gegenwärtig lebten 1,1 Milliarden Menschen in Armut, darunter 600 Millionen in extremer Armut (XNA, 6.11.91). Dieser Zustand schade dem Frieden. Auch die Verschuldung vor allem afrikanischer Länder wachse von Jahr zu Jahr und sei 1990 auf 1,3 Billionen US\$ angewachsen (XNA, 1.11.91). Man bedenke in diesem Zusammenhang, daß sich Friede und Sicherheit nicht von der Entwicklung trennen lasse und daß beide Aspekte im Rahmen der Nord-Süd-Problematik eine Lösung finden müßten (XNA, 27.11.91).

Die Weltordnung habe seit den napoleonischen Kriegen eine Reihe von Veränderungen durchgemacht. Vom Ende des 18. Jhdts. bis zum Zweiten Weltkrieg habe die europäische Politik mit ihrem Machtcharakter im Vordergrund gestanden.

Aus der Anti-Hitler-Koalition des Zweiten Weltkriegs sei dann 1945 die Ordnung von Jalta entstanden, die zwar einige neue partizipatorische Ansätze enthalte, im großen und ganzen aber die Großmachtspolitik vergangener Zeiten beibehalten habe. Erst Ende der 80er Jahre, als die Ordnung von Jalta zusammenbrach, habe sich die Chance zu einer wirklich Neuen Weltordnung eröffnet, deren Kern in einer Politik der friedlichen Koexistenz bestehe, wie sie in ihren Grundzügen von China, Indien, Birma und anderen Staaten i.J. 1954 erstmals ausgearbeitet und dann 1955 bei der Bandung-Konferenz sowie 1974 von der Gruppe der 77 in Form von Vorschlägen zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung weiterentwickelt wurde (BRu 1991, Nr.38, S.12 f.). -we-

**\* (5)  
Angst vor ausländischem Journalisten**

Wie das *Asian Wall Street Journal* berichtet, hat das Außenministerium bereits im Oktober alle diplomatischen Vertretungen im Ausland dazu aufge-

fordert, Visumanträge von ausländischen Journalisten besonders sorgfältig zu prüfen. Den Hintergrund hierfür bildet offenbar die Tatsache, daß ein britischer Journalist an einen hochgeheimen internen Bericht über die Unterdrückung von ethnischen Minderheiten in der Inneren Mongolei gelangt war und daraus zitiert hatte. In der laufenden Kampagne gegen "friedliche Evolution", als deren Agenten die ausländischen Journalisten angesehen werden, möchte man nun keine weiteren Risiken eingehen.

Ein chinesischer Beamter erklärte, daß nur noch solche Journalisten ein Visum erhalten sollen, die aufgrund ihrer bisherigen Berichterstattung als chinafreundlich eingestuft werden. Würde ein Journalist, der einreisen durfte, später Nachteiliges berichten, so würde die visumerteilende diplomatische Vertretung dafür verantwortlich gemacht. (AWSJ, 5.11.1991) -hws-

\*(6)

#### Dynamische Region Westpazifik

Mitte November nahm China an der APEC-Konferenz in Seoul teil (s. dazu die Übersicht). Es hatte dafür seine guten Gründe, da sich die Wirtschaftsentwicklung des westpazifischen Raums aus Beijinger Sicht höchst dynamisch vollzieht und da die VRCh daran Anteil haben möchte. Während die Zuwachsraten der Weltwirtschaft 1988 bei 4,1%, 1989 bei 3,2% und 1990 bei 2% lag, erreichte sie im asiatisch-pazifischen Raum 1989 und 1990 je 4,5%. Bemerkenswert sei das Wachstum der "Vier kleinen Drachen" (Singapur, Südkorea, Taiwan und Hongkong), vor allem aber das der ASEAN-Länder, die die "Vier kleinen Drachen" 1988 und 1989 in den Schatten gestellt hätten. Die einzelnen westpazifischen Staaten hätten überdies auch ihre Importzölle laufend reduziert und dadurch den innerregionalen Austausch erheblich beschleunigt. Früher galten die USA als Hauptabnehmerland der asiatisch-westpazifischen Exporte. Doch in den letzten Jahren hätten die innerregionalen Handelsbewegungen zugenommen. 1988 beispielsweise seien innerhalb der Region Waren in Höhe von 234 Mrd. US\$, im Verhältnis mit Nordamerika dagegen nur noch 193 Mrd. US\$ umgesetzt worden. Dies ist aus chinesischer Sicht ein Zeichen für die wachsende wirtschaftliche Selbständigkeit dieses Raums.

Die rasche Entwicklung des westpazifischen Binnenhandels sei auf folgende Punkte zurückzuführen: (1) Japan und die "Vier kleinen Drachen" fördern die Binnennachfrage und erhöhen damit das Importvolumen, (2) wachsender Protektionismus in Amerika und Europa, (3) zunehmende regionale Kapitalverflechtung, die auch dem regionalen Handel günstig ist. Japan und die "Vier kleinen Drachen" investierten neuerdings vor allem in den ASEAN-Ländern (BRu 1991, Nr.10, S.15-17). -we-

\*(7)

#### China hält an seiner Bewerbung für die Olympischen Spiele i.J. 2000 fest

Bei den XVI. "Southeast Asian Games" (SEA-Games) in Manila im November 1991 wurden auch der Präsident des Chinesischen Olympischen Komitees, He Zhenliang, und Zhang Baifa, der Stellvertretende Bürgermeister von Beijing, eingeladen. Bei dieser Gelegenheit versicherten die südostasiatischen Gastgeber, daß sie den Antrag Chinas auf Abhaltung der Olympischen Spiele 2000 in Beijing unterstützen wollten (XNA, 26.11.91). -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(8)

#### Offizielles Weißbuch über die Situation der Menschenrechte in China

Mit einem umfangreichen Weißbuch über "Die Situation der Menschenrechte in China" hat die chinesische Führung auf die anhaltende internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China reagiert. Das 45.000 Zeichen umfassende Dokument wurde am 1. November 1991 in Beijing vom Presseamt des Staatsrats veröffentlicht. Das ZK-Organ *Volkszeitung* druckte das Weißbuch in mehreren Folgen ab dem 2.11.91 ab. Eine vollständige deutsche Übersetzung findet sich in der Zeitschrift *Beijing Rundschau* vom 5.11.91 (Nr. 44/1991), S. 8-49.

Das Weißbuch gliedert sich in folgende 10 Kapitel:

- 1) Das Recht auf Leben ist das vorrangige Menschenrecht, um das das chinesische Volk lange Jahre gekämpft hat.

- 2) Das chinesische Volk hat umfassende politische Rechte erlangt.
- 3) Die Bürger genießen wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte.
- 4) Die Garantien für die Menschenrechte im chinesischen Rechtswesen.
- 5) Die Garantien für das Recht auf Arbeit.
- 6) Die Bürger genießen Religions- und Glaubensfreiheit.
- 7) Die Garantien für die Rechte der nationalen Minderheiten.
- 8) Familienplanung und Schutz der Menschenrechte.
- 9) Die Garantien für die Menschenrechte der Behinderten.
- 10) Die aktive Teilnahme [Chinas] an internationalen Bemühungen um die Menschenrechte.

Erwartungsgemäß steht es dem Weißbuch zufolge in China mit der Wahrung und dem Schutz der Menschenrechte nur zum besten. So soll es in China - im Gegensatz zu Behauptungen chinesischer Oppositioneller und westlicher Kritiker - keine politischen Gefangenen geben, denn "keiner wird infolge abweichender politischer Ansichten verurteilt". Im übrigen würden die im chinesischen Strafrecht als "konterrevolutionäre Verbrechen" bezeichneten Straftaten in jedem Land der Welt geahndet. Nach Darstellung des Weißbuches trifft es auch nicht zu, daß in China Menschen ohne Gerichtsverfahren in einer Art Verbannung in Anstalten zur Umerziehung durch Arbeit geschickt würden: "Das ist eine Verleumdung der Aufnahme von Straftätern durch chinesische Gefängnisse und Anstalten zur Umerziehung durch Arbeit und entbehrt jeder Grundlage." Tatsächlich existiert seit langem eine rechtliche Grundlage für die rein administrative Bestrafung durch die Sicherheitsbehörden zur "Umerziehung durch Arbeit" (laodong jiaoyu). Auch die Behauptung des Weißbuches, daß der Anwendungsbereich der Todesstrafe streng beschränkt sei, scheint mit der Realität der periodisch auftretenden exzessiven Anwendung der Todesstrafe nicht vereinbar zu sein. Schließlich scheint auch die folgende Darstellung des Weißbuches bestenfalls einen Soll-Zustand zu beschreiben: "Abtreibung als eine Abhilfemaßnahme für eine mißlungene Empfängnisverhütung wird nur mit freiwilliger Zustimmung der Frauen und unter sicheren und zuverlässigen Bedingungen durchgeführt." -sch-